Sondersitzung des Stadtrats zu US-Präsenz mit vielen neuen Informationen: Luftwaffenamt speichert Flugbewegungen

Hubschrauberlärm: Kommt Hilfe aus Köln?

Direkte Beschwerden dort möglich – Stadtrat bittet um Siedlungsbau ohne Zaun – Grund: mehr Geld vom Staat

ANSBACH (fri) – Das Luftwaffenamt in Köln soll künftig helfen, US-Hubschrauberpiloten aufzuspüren, die in Ansbach gegen Lärmschutzvorschriften verstoßen. Das ist nur eine von vielen Informationen, mit denen Stadträte und Zuhörer bei einer Sondersitzung im bis auf den gut gefüllten Onoldiasaal konfrontiert wurden. Fast fünf Stunden lang referierten Fachleute und US-Offiziere zu Themen wie etwa der geplanten Wohnsiedlung am Urlas.

Standortkommandeur Christopher Hickey und Manfred Sendlbeck von der Landesbaudirektion erläuterten die diesbezüglichen Pläne und die Hintergründe dafür. Für die US-Armee steht fest: Ob mit oder ohne Urlassiedlung, die Zahl der in Ansbach stationierten Soldaten – gegenwärtig etwa 2000 Mann – werde sich nicht verändern, unterstrich Oberst Hickey. Insgesamt umfasse die Standortgemeinde 7026 Personen, neben den Soldaten weitere 3900 Familienangehörigen, 700 US- und 386 deutsche Zivilangestellte sowie 40 Vertragspartner. Derzeitigem Stand nach werde diese Gesamtzahl sich auch bis zum Jahr 2029, der avisierten Fertigstellung der Urlassiedlung, nicht verändern, sagte Hickey, ohne dafür eine Garantie zu übernehmen; das sei schließlich auch eine Frage politscher Entscheidungen der US-Regierung. Mit der Siedlung jedenfalls strebe man, wie in anderen US-Standorten auch, nur eine Verbesserung der Wohnqualität an. Die geplanten Reihen- und Einfamilienhäuser mit ihren 162 bis 254 Quadratmetern Wohnfläche seien nur als Ersatz für Mehrfamilienhäuser im Wohnbereich des Heliports gedacht, die danach Zug um Zug abgerissen würden, um auch auf diesen Flächen Häuser gleichen Typs zu errichten.

Das werde sich nicht negativ auf den Ansbacher Wohnungsmarkt auswirken, trat Hickey entsprechenden Befürchtungen entgegen. 61 Prozent der Amerikaner lebten derzeit außerhalb der Kaserne und würden das auch weiterhin tun. Wohnungen im deutschen Umfeld seien nämlich gefragt: Derzeit habe man 45 Anwärter auf eine Wohnung außerhalb der Kaserne auf einer Liste. Die Wartezeit, bis sie deutsche Vermieter finden, betrage in der Regel 30 bis 45 Tage. „Wir sind gerne unter Ihnen", trat Hickey Befürchtungen entgegen, wie sie etwa Wolfgang Bartusch von den „Grünen" äußerte, dass „wir am Urlas auf einem Biotop ein eingezäuntes Ghetto mit eigener Versorgung" bauen.

Während neun Stadträte fehlten, war der Zuschauerbereich des Onoldiasaals bei der Sondersitzung bis auf den letzten Platz gefüllt. *Foto: Albright*

Großes Einkaufszentrum

Anlass für diese Sorge hatte unter anderem Manfred Sendlbeck von der Landesbaudirektion Nürnberg geliefert. Der für das Projekt zuständige Leitende Baudirektor hatte das Vorhaben und den Weg dorthin sowie die daraus resultierenden Verpflichtungen etwa für den Naturschutz in all seinen meist bereits bekannten Details noch einmal ausführlich beschrieben. Er erwähnte, dass neben den im Endausbau geplanten rund 500 Häusern und anderen Infrastruktureinrichtungen auch ein Einkaufszentrum mit 13 500 Quadratmetern, ein Großteil davon allerdings Lagerfläche, geplant sei. Auch diese Einrichtungen gebe es schon, wenn auch etwas kleiner. Sie würden nur verlagert, beruhigte Hickey Sorgen um Kaufkrafteinbußen und versicherte, dass seine Frau und seine beiden Töchter lieber die Läden in der Innenstadtr unterstützten.

Sendlbeck erklärte, in den nächsten ein bis zwei Wochen werde nun der Bauauftrag für den ersten Abschnitt der Wohnsiedlung mit 108 Häusern erteilt. Parallel dazu müsse auch das geplante Wasserwerk errichtet werden, mit dem das Stadtwasser an die von den Amerikanern geforderte höhere Chlorierung und Fluorierung angepasst wird. Die Stadtwerke erwarten eine Mehrverbrauch von rund 20 000 Kubikmetern Wasser pro Jahr. Der Wasserpreis und der Abwasserpreis würden sich durch die Mehrabnahme nicht verteuern, hieß es auf Anfrage. Allerdings würde ein Abzug der US-Armee einen erheblichen Einbruch im Geschäft der Stadtwerke bewirken und nachteilige Auswirkungen auch auf diese Gebühren haben.

Votum gegen Abschottung

Im Plan zwar enthalten, laut Sendlebeck derzeit aber „nicht beauftragt", ist ein Schutzzaun um die Siedlung. Auf seine Bedeutung hatte eine Anfrage von Stadtrat Horst Settler (CSU) aufmerksam gemacht. Demzufolge erhält nämlich die Stadt für alle Soldaten, die außerhalb der umfriedeten Kasernen wohnen, Schlüssel-und Finanzzuweisungen vom Bund, derzeit insgesamt 1,44 Millionen Euro. Würde der Zaun gebaut, ändere sich daran nichts, hieß es, bleibe er aber weg, steige die Summe der Zuweisungen. Vor diesem Hintergrund stimmte der Stadtrat gegen fünf Stimmen aus der CSU einem Antrag von Manfred Stephan zu, die Amerikaner zu bitten, auf den Zaunbau zu verzichten. Dagegen wurde ein Antrag vom Stadtrat der Offenen Linken, Boris-André Meyer, die Amerikaner zu bitten, auf den Siedlungsbau ganz zu verzichten, mit der Stimme Seidels und von Stadträten aus CSU, SPD und ÖDP abgelehnt.

Einigkeit besteht im Stadtrat dagegen darin, dass es bessere Möglichkeiten geben muss, Bürger vor unnötigem Hubschrauberlärm zu schützen. Oberbürgermeisterin Carda Seidel würdigte zwar die von Oberst Timothy Edens, dem Kommandeur der 12. Heeresfliegerbrigade, im Detail erklärten Lärmschutzbestimmungen und die Bemühungen der Armee, Verstöße zu ahnden. Doch müsse das Beschwerdemanagement noch „deutlich optimiert" werden, kündigte sie an.

Wichtig sei vor allem, dass die Bürger einen Ansprechpartner für ihre Beschwerden hätten, der die weiterverfolgt. Einen solchen, der auch die technischen Möglichkeiten hat, Flüge an unerlaubtem Ort zu unerlaubten Zeiten festzustellen, sieht man bei der Stadt nun in der Flugsicherung des Kölner Luftwaffenamtes.

Eigenes Beschwerdetelefon?

Diese Stelle zeichne mit Hilfe von 96 Radarstationen alle Flugbewegungen über Deutschland auf und speichere sie drei Jahre lang, sagte Rainer Stache. Sie ist unter Tel. 0800/8620730 zu erreichen. Außerhalb der Bürozeit zeichnet ein Anrufbeantworter Beschwerden auf. Man werde jetzt diese Möglichkeiten testen, kündigte Seidel an. Möglicherweise richte die Stadt aber auch ein eigenes Beschwerdetelefon ein. Das wollen nun auch die Stadträte, die eigene Beobachtungen des Flugverkehrs durch die Stadt angeregt hatten, erst einmal abwarten.

Sie lesen heute

Lokales

Wünsche noch unerfüllt
Ideen der „Traumschulwoche" bisher ohne greifbare Folgen

Landkreis

Kliniken auf dem Fusions-Weg?
Verträge der Vorstände laufen aus: Politische Diskussion beginnt erneut

Westmittelfranken

Wirte holen schon Aschenbecher
Anzeigen gegen drei Lokale
Bald 75 Quadratmeter Rauchgrenze

Sport

Piranhas fordern Spitzenreiter
Würzburg Baskets sind in der Regionalliga das Maß aller Dinge